

## Willy Brandt und Frankreich

Kolloquium des Instituts für Zeitgeschichte in München  
vom 8. bis 9. Mai 2003

Am 8. und 9. Mai 2003 fand im Institut für Zeitgeschichte in München ein Kolloquium zum Thema „Willy Brandt und Frankreich“ statt, zu dem die Pariser Fondation Nationale des Sciences Politiques, die Berliner Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung und das IfZ gemeinsam eingeladen hatten. In drei chronologisch geordneten und nacheinander abgehaltenen Sektionen zu den Themen „Willy Brandt und Frankreich vor 1966“, „Die deutsch-französischen Beziehungen in der Regierungszeit Willy Brandts (1966-1974)“ und „Willy Brandt, Frankreich und das Ende des Kalten Krieges“ trugen acht deutsche, sieben französische und ein norwegischer Historiker zumeist in ihrer jeweiligen Muttersprache vor. Gerade der Wechsel zwischen der französischen und der deutschen Perspektive, die Zusammenschau der verschiedenen Quellen im austauschenden Vergleich hat sich als fruchtbarer Ansatz dieser Veranstaltung erwiesen. Die Publikation eines Sammelbandes zu den Ergebnissen der Tagung ist geplant.

In seiner Eröffnung konstatierte *Horst Möller*, der Direktor des IfZ, einen Nachholbedarf der Forschung zu diesem Aspekt der deutsch-französischen Beziehungen. Im Vergleich zu den Paarungen Adenauer-DeGaulle, Schmidt-Giscard d'Estaing oder Kohl-Mitterand wisse man über Willy Brandt und sein Verhältnis zu Frankreich noch verhältnismäßig wenig. *Maurice Vaïsse*, der Direktor der Pariser Fondation, stimmte dem zu. Schon Brandt selbst habe betont, dass sein Verhältnis zu Frankreich im Vergleich etwa zu dem zu den skandinavischen Ländern oder zu den USA im Allgemeinen unterschätzt werde. *Gerhard Groß*, der Vorsitzende des Vorstands der Brandt-Stiftung, schloss sich dem Urteil seiner beiden Vorredner an. Bisher habe vor allem die Ostpolitik Brandts Beachtung gefunden, seine europapolitischen Leistungen und damit auch sein Verhältnis zu Frankreich gelte es noch genauer zu untersuchen.

### 1. Willy Brandt und Frankreich vor 1966

Dass Brandts Beziehungen zu Frankreich wesentlich mit den Ämtern, die er ausfüllte, gewachsen sind und in großen Teilen von ihnen bestimmt waren, zeigte sich in den ersten beiden Referaten. *Helga Grebing* und *Einhart Lorenz* sahen sich mit der Aufgabe konfrontiert, Willy Brandts Beziehungen zu Frankreich bis zur Gründung der Bundesrepublik zu untersuchen. *Helga Grebing* räumte ein, dass sie für die frühen Jahre Brandts nur sehr wenig Material mit Bezug zu Frankreich gefunden hatte. Zwar habe sich Brandt im Rahmen der damals üblichen Schulung als Nachwuchsfunktionär der Arbeiterjugendbewegung auch mit den sozialistischen Denkern Frankreichs wie Léon Blum oder Jean Jaurès beschäftigt. Aber eine Sonderbeziehung zur „sozialistischen Tradition in Frankreich“ wollte *Grebing* Brandt nicht zuschreiben. Eher schon sei das Freiheitsverständnis der Französischen Revolution von 1789 konstitutiv für Brandts Konzept eines „demokratischen Sozialismus“ geworden. Spätestens seit seiner Exilzeit habe Willy Brandt die Zusammengehörigkeit der Leitbegriffe Freiheit, Demokratie und Sozialismus betont und sich somit vom doktrinären Marxismus-Leninismus seiner Jugend verabschiedet.

*Einhart Lorenz* schloss sich für die Exilzeit Willy Brandts *Grebing*s Urteil vom Fehlen einer Sonderbeziehung zu Frankreich an. Zwar sei Brandt zwischen 1934 und 1938 achtmal und zusammen annähernd acht Monate

in Frankreich gewesen, was für den jungen Mann aus dem Lübecker Arbeitermilieu sicher eine Art „europäisches Erlebnis“ gewesen sei. Den größten Teil dieser Zeit habe Brandt jedoch im Kontakt mit deutschen Exilsozialisten verbracht. So sei Frankreich für Brandt in den 1930er Jahren nur „ein Land unter vielen Ländern“ geblieben. Während des Zweiten Weltkriegs habe Brandt begonnen, an Konzepten für eine europäische Nachkriegsordnung zu arbeiten. Auch dabei habe er sich aber eher von britischen Europadenkern inspirieren lassen und sich vor allem mit Fragen der Neuordnung Osteuropas beschäftigt.

Siegfried Heimann und Cyril Buffet hielten Vorträge zu Brandts Zeit in Berlin, zunächst an der norwegischen Militärmission, dann als Beauftragter der Bundes-SPD und schließlich 1957-1966 als Regierender Bürgermeister. *Siegfried Heimann* arbeitete die beiden Rollen heraus, die Brandt in dieser Zeit einnahm. Einerseits war sein Verhältnis zur Besatzungsmacht Frankreich als Regierender Bürgermeister der Viermächtestadt Berlin eher gespannt. Auch war Brandt als strenger politischer Realist stets auf große Nähe zu den USA bedacht, deren Schlüsselrolle als Garant der Freiheit Westberlins und Westdeutschlands er erkannt hatte. Andererseits plädierte Brandt als Europapolitiker stets für die deutsch-französische Aussöhnung. In der Schublade des „Atlantikers“ bzw. des „Gaullisten“ lasse sich Brandt also nicht unterbringen. Brandts Verhältnis zu Charles DeGaulle sei von Anfang an ambivalent gewesen. Zwar erschien dessen antiamerikanische Politik Brandt inakzeptabel, andererseits sei der General aber in der turbulenten französischen Innenpolitik unersetzlich. DeGaulles flexible Ostpolitik inspirierte Brandt. In der berühmten New Yorker Rede vom Mai 1964 bezeichnete er sie als mögliches Vorbild für eine andere Außenpolitik der Bundesrepublik.

*Cyril Buffet* ergänzte, dass sich Brandt gerade im Kontrast zur pointiert antifranzösischen Haltung eines Kurt Schumacher in der SPD stets für die Kooperation mit dem Nachbarland eingesetzt habe. Buffet machte deutlich, dass die verschiedenen französischen Quellen ein sehr unterschiedliches Brandt-Bild zeichnen. Während die französischen Medien den jungen Bürgermeister als Verteidiger Westberlins feierten, waren die französischen Diplomaten in Bonn und Berlin irritiert vom undogmatischen Außenpolitiker Brandt. Seine Politik der Passierscheinabkommen als kleine Schritte der Annäherung an Ostberlin blieb den Franzosen suspekt.

*Jean-Pierre Cahn* bot einen Exkurs über Willy Brandts Haltung gegenüber der französischen Algerienpolitik. Lange Zeit habe sich Brandt, der sich wie die meisten deutschen Politiker in dieser Frage in einer Zwickmühle zwischen der Bündnistreue zu Frankreich und dem für die Bundesrepublik so bedeutsamen Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker befand, betont zurückgehalten. Erst auf dem SPD-Parteitag 1962 verwies Brandt stolz auf die von den SPD'lern um Hans-Jürgen Wischnewski geleistete Solidaritätsarbeit. Brandt führte sie als Beleg für die außenpolitische Kompetenz der SPD ins Feld.

## 2. Die französisch-deutschen Beziehungen in der Regierungszeit Willy Brandts (1966-1974)

Maurice Vaisse und Klaus Hildebrand wandten sich den deutsch-französischen Beziehungen während Brandts Zeit als Außenminister der Großen Koalition bzw. dem Verhältnis zwischen Willy Brandt und Charles DeGaulle zu. *Maurice Vaisse* erklärte die überraschend positive Beziehung zwischen den beiden Männern damit, dass DeGaulle Brandt früh als Kernfigur einer neuen pragmatischen deutschen Sozialdemokratie wahrgenommen habe. Außerdem habe man in Frankreich die Große Koalition als Chance eines Neuanfangs der unter dem Atlantiker Erhard festgefahrenen Beziehungen gesehen. Wegen des französischen Widerstands gegen Fortschritte der europäischen Integration habe sich dann aber das zunächst belebte deutsch-französische Verhältnis wieder verhärtet. Vaisse konnte aus den französischen Quellen belegen, dass es kaum eine Rolle spielte, ob Brandt tatsächlich auf dem Ravensburger SPD-Parteitag im Februar 1968 DeGaulle wegen dessen Europapolitik beleidigend angegriffen habe. Die französischen Akten zeigen, dass DeGaulle in jedem Fall tief getroffen war.

*Klaus Hildebrand* faßte DeGaulles Vision eines „Grande Europe“ zusammen, das sich gleichermaßen gegen die USA und Europa zu behaupten hätte. Brandt habe diesen Visionen praktisch zunächst eher misstraut.

Dann sei er aber zusehends von der DeGaulle'schen Idee der Blocküberwindung angezogen worden. Somit habe DeGaulle einen „maßgeblichen Einfluß“ auf die spätere Außenpolitik Willy Brandts ausgeübt. Im Gegensatz zu Väisse hielt Hildebrand die Affäre um die „Ravensburger Depesche“ für eher unbedeutend. Einen derartigen Ausbruch Brandts hielt er für wenig plausibel, zumal er Brandt eine gewisse Gelassenheit gegenüber der französischen Europablockade zuschrieb. Brandt sei sich stets sicher gewesen, dass Frankreich Großbritannien irgendwann als Gegengewicht zur Bundesrepublik ins europäische Boot holen würde.

Zu den Kanzlerjahren Willy Brandts, seiner Ostpolitik und der Rolle, die Frankreich unter Georges Pompidou dabei zukam, sprachen Georges-Henri Soutou und *Hans-Peter Schwarz*. Schwarz relativierte die Bedeutung persönlicher Beziehungen zwischen Staatsoberhäuptern. Entscheidender als die zwischenmenschliche Chemie seien stets die Inhalte der Politik. Die deutsch-französischen Beziehungen 1969-1974 waren laut Schwarz vor allem durch eine defensive Anpassung der französischen Außenpolitik unter Pompidou geprägt. Nach der sowjetischen Intervention gegen den Prager Frühling war die gaullistische Politik der Blocküberwindung durch einen Appell an osteuropäische Nationalismen gescheitert. Motor der Détente sei nun eher Brandts Ostpolitik geworden, die Frankreich um die deutschlandpolitische Kontrolle als Siegermacht fürchten ließ. In den Währungskrisen der späten 1960er Jahre sah sich Pompidou zudem zu europapolitischen Kompromissen mit der dynamischen Wirtschaftsmacht Bundesrepublik gezwungen. Abschließend warnte Schwarz vor einer Konzentration auf die bilateralen deutsch-französischen Beziehungen. Der bestimmende Faktor dieses Verhältnisses sei letztendlich immer die Politik der westlichen Leitmacht USA gewesen.

*Georges-Henri Soutou* erläuterte das gesplante Verhältnis Pompidous zur Neuen Ostpolitik. Einerseits hielt der französische Präsident diese als deutschen Beitrag zur Entspannung für unverzichtbar und warnte den deutschen Oppositionsführer Rainer Barzel vor einer Blockade im Bundestag. Andererseits habe Pompidou nie die Furcht vor einem neuen deutschen Neutralismus verloren, vor der Aufgabe der Westintegration, die für Frankreich ein unabdingbares Element der Doppeleindämmung gegen Deutschland und die Sowjetunion bildete. Frankreich habe daher penibel auf die Wahrung seiner Berlinrechte als Hebel zur Beeinflussung der Deutschlandpolitik geachtet. In der Europapolitik sei Pompidou verbittert über die deutsche Unaufrichtigkeit gewesen. Denn aus seiner Sicht war auch die Bundesrepublik nicht zu weiteren Souveränitätsabgaben bereit, habe aber die Rolle des Bremsers stets Frankreich zugeschoben.

Die beiden allgemeineren Referate zu den Jahren 1969-1974 wurden ergänzt durch spezifischere Vorträge von Wilfried Loth zur Rolle der deutsch-französischen Beziehungen im KSZE-Prozess und von Katrin Rücker, Andreas Wilkens und Édouard Husson zur Europapolitik unter Brandt und Pompidou. *Wilfried Loth* machte deutlich, dass Brandts Ostpolitik stets als Teil einer breiteren Entspannungspolitik angelegt war. Da Brandt klar gewesen sei, dass sich eine internationale Friedensarchitektur nur evolutionär aus den Blocksystemen entwickeln könne, sei die „notorische Unbestimmtheit“ seiner Aussagen dazu eben nicht als Indiz für Führungsschwäche zu werten, sondern als konzeptioneller Bestandteil seiner Außenpolitik. Für Pompidou sei der KSZE-Prozess die Chance zur multilateralen Einbindung der deutschen Ostpolitik gewesen. Auch daher sei Frankreich zum Befürworter der Konferenz im westlichen Lager geworden. Die häufig anzutreffende Wahrnehmung Frankreichs als Bremser im Entspannungsprozess der frühen 1970er Jahre sei angesichts der französischen Rolle bei der KSZE nicht aufrechtzuerhalten.

*Katrin Rücker* referierte im Detail über die deutsch-französischen Verhandlungen im Vorfeld des europäischen Gipfeltreffens in Den Haag im Dezember 1969. Intensiv und bis zuletzt kontrovers sei um den britischen Beitritt, den Agrarmarkt und eine politische Vertiefung der Europäischen Gemeinschaft gerungen worden. Auf dem Gipfel seien dann zwar keine großen inhaltlichen Ergebnisse erzielt worden. Aber durch das versöhnliche Auftreten Brandts und Pompidous sei es zu einer atmosphärischen Veränderung gekommen. Den bundesdeutschen Willen zur politischen Vertiefung der EG habe Pompidou wohl richtig eingeschätzt, urteilte Rücker. Diese habe 1969 wohl kein Mitgliedsland wirklich gewünscht.

*Andreas Wilkens* betonte die eigentümliche „Gemengelage“, die die Europapolitik 1969-1974 auszeichnete. So seien verschiedene zeitliche Phasen zu unterscheiden. Nach 1969 habe eine breite Aufbruchsstimmung geherrscht, die sich z.B. im „Werner-Plan“ zu einer Wirtschafts- und Währungsunion niedergeschlagen habe. Mit der Währungskrise und dem einseitigen Floaten der D-Mark im Mai 1971 sei dieser Optimismus eingebrochen. Innerhalb der sozial-liberalen Bundesregierung hätte es verschiedene Haltungen gegeben. Brandt selbst stellte sich hinter den „Werner-Plan“. Karl Schiller dagegen war aus Angst um die deutsche Stabilitätspolitik gegen währungspolitische Souveränitätsbeschränkungen. Zwischen Brandt und Pompidou habe in dieser Zeit zwar Übereinstimmung über die Bedeutung der bilateralen „exemplarischen Beziehungen“ bestanden. Unter dieser Oberfläche hätten jedoch die verschiedenen wirtschaftspolitischen Kulturen der beiden Länder für Spannungen gesorgt. Die Tatsache, dass seit dieser Zeit das Thema einer Währungsunion stets auf der Agenda blieb, sei eine der Haupterrungenschaften der Europapolitik unter Brandt und Pompidou.

*Édouard Husson* befasste sich mit dem besonderen Verhältnis zwischen Willy Brandt und dem französischen Europavordenker Jean Monnet. Die beiden Männer hätten seit 1966 eine rege Korrespondenz geführt. Monnet habe in Brandt früh eine Schlüsselfigur der europäischen Einigung gesehen und ihn immer wieder zu europapolitischen Initiativen auch gegen Charles DeGaulle ermutigt. Auch Monnet fürchtete laut Husson zunächst ein deutschnationalistisches Element in der Neuen Ostpolitik, habe diese Bedenken dann aber verloren. Monnet habe sich Brandt gegenüber immer wieder für das Projekt einer Wirtschafts- und Währungsunion ausgesprochen und so dessen Haltung dazu wohl stark beeinflusst.

#### *Willy Brandt, Frankreich und das Ende des Kalten Krieges*

In der letzten Sektion des Kolloquiums befassten sich Héléne Miard-Delacroix, Jacques Bariéty und Ulrich Lappenküper mit Brandts Rolle in den deutsch-französischen Beziehungen zwischen seinem Rücktritt als Kanzler 1974 und der deutschen Wiedervereinigung. *Héléne Miard-Delacroix* arbeitete das schwierige Verhältnis zwischen der SPD unter Brandt und der Parti Socialiste unter Mitterrand in den 1970er Jahren heraus. Die PS nahm Helmut Schmidt sein enges Verhältnis zu Giscard d'Estaing übel und griff wegen ihrer eigenen Kooperation mit den französischen Kommunisten den deutschen Radikalenerlass an. In der Sozialistischen Internationale habe sich Brandt vor den wegen der Union de la Gauche kritisierten Mitterrand gestellt. Mitterrand stand also Brandt in diesen Jahren näher als Schmidt. Das änderte sich in der Nachrüstungsdebatte der frühen 1980er Jahre. Dass sich Mitterrand 1983 im Bundestag offen für die Nachrüstung aussprach, wertete Miard-Delacroix als Stellungnahme für den Schmidt-Flügel in der SPD und weniger als eine für den neuen Kanzler Helmut Kohl. Dem wurde in der Diskussion allerdings widersprochen. Diese Rede mitten im Bundestagswahlkampf, in dem die SPD eindeutig gegen den NATO-Doppelbeschluss Position bezogen hatte, sei nur als Ohrfeige für die ganze Partei zu verstehen. In jedem Fall habe sie den Grundstein für die Sonderbeziehung zwischen Kohl und Mitterrand gelegt.

*Jacques Bariéty* bot angesichts der Tatsache, dass die französischen Quellen zur Wiedervereinigung noch weitgehend verschlossen sind, den Zeitzeugenbericht eines Historikers. Dabei stützte er sich auf seine Erlebnisse als Mitglied mehrerer Gremien zur Beratung der französischen Regierung. Bariéty hält die These, Mitterrand habe die deutsche Wiedervereinigung stets befürwortet, für unzutreffend. Vielmehr habe der französische Präsident noch im ersten Halbjahr 1989 eine längere deutsche Teilung für wahrscheinlich und wünschenswert gehalten. Von den Ereignissen im Herbst 1989 sei die französische Außenpolitik weitgehend unvorbereitet getroffen worden. Mitterrand habe versucht, unter anderem über Brandt mäßigend auf die westdeutsche Politik gegenüber der DDR-Volksbewegung einzuwirken. Vor den ersten freien DDR-Wahlen im März 1990 seien die französischen Politiker von einem klaren Sieg der Ost-SPD und einem langsamen Wiedervereinigungsprozess ausgegangen. Erst nachdem sich das als falsch herausgestellt hatte, habe Mitterrand grünes Licht zu einer rascheren Wiedervereinigung im Rahmen des westlichen Bündnisses gegeben.

*Ulrich Lappenküper* erläuterte Willy Brandts Bemühungen um die Fortsetzung der Annäherungs- und Entspannungspolitik auch nach 1974. Dabei habe Brandt die französische Politik und vor allem Giscard d'Estaings Haltung für den NATO-Doppelbeschluss mehrfach kritisiert. Im Gegensatz zum französischen Präsidenten und auch zu Schmidt hielt der SPD-Vorsitzende das nukleare Patt für weiterhin gegeben. Erst in dieser Phase habe sich Brandt auch zunehmend von den USA zu distanzieren begonnen. Mitterrand, auf den Brandt in Sachen Abrüstung gehofft hatte, habe in der deutschen Friedensbewegung ein bedrohliches Aufleben des deutschen Neutralismus gesehen und sich daher im Bundestag so klar gegen sie gestellt. Als sich Brandt 1989-1990 im Gegensatz zu großen Teilen der eigenen Partei für eine „Neuvereinigung“ Deutschlands aussprach, kam es auch darüber wieder zu Spannungen zum französischen Staatschef.

### **Kontakt**

Bastian Hein  
Institut für Zeitgeschichte  
Leonrodstraße 46b  
80636 München  
E-Mail: hein@ifz-muenchen.de

### **Copyright**

Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer historischer Forschungseinrichtungen  
in der Bundesrepublik Deutschland e.V., 2003.

Kein Teil dieser Publikation darf ohne ausdrückliche schriftliche Genehmigung der AHF in irgendeiner Form reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

AHF, Aldringenstraße 11, 80639 München  
Telefon: 089 - 13 47 29, Fax: 089 - 13 47 39  
E-Mail: info@ahf-muenchen.de, Website: <http://www.ahf-muenchen.de>

### **Empfohlene Zitierweise / recommended citation style:**

**AHF-Information.** 2003, Nr.058  
URL: <http://www.ahf-muenchen.de/Tagungsberichte/Berichte/pdf/2003/058-03.pdf>